



Stiftung für die Rechte
zukünftiger Generationen

„Wie generationengerecht sind die deutschen Parteien?“

Eine Zusammenfassung von Stellungnahmen der etablierten Parteien

Wie generationengerecht sind die deutschen Parteien?

Die Flüchtlingskrise, der *Brexit*, die Wahl Donald Trumps, der politische Rechtsruck: Viele junge Menschen sehen ihr Leben in einem sicheren, vereinten und starken Europa zunehmend bedroht – und sind gerade deswegen politikinteressierter denn je¹. Doch das wachsende Interesse junger Menschen gilt der Politik, nicht aber den Parteien: Die deutschen Parteien verlieren seit den 1970er Jahren mit wenigen Ausnahmen konstant an Mitgliedern. Gleichzeitig ist Mitgliedschaft vor allem für junge Menschen zunehmend unattraktiv², folglich beträgt das Durchschnittsalter in den großen Volksparteien SPD und CDU mittlerweile 60 Jahre³. Die rückläufige gesellschaftliche Integrationskraft des Parteiensystems zeichnet sich auch in der Wahlbeteiligung ab: Bei den letzten baden-württembergischen Landtagswahlen machten lediglich 52 % der Wahlberechtigten⁴ 21- bis 24-Jährigen Gebrauch von ihrem Wahlrecht⁵, selbst bei den letzten Bundestagswahlen in 2013 waren es nur 60,3 % der 21- bis 25-Jährigen⁶.

Doch in einer Parteiendemokratie, in der Volk in Parlament und Regierung von Parteien vertreten werden, sollte die Gesellschaftsstruktur sich weitgehend in der Mitgliederstruktur der Parteien widerspiegeln. Was können Parteien also verändern, um in einer Zeit voll zukunftsweisender Herausforderungen das steigende politische Interesse der jungen Generation für sich zu nutzen? Auf diese Frage formulierte die *Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen* in ihrem Positionspapier *Generationengerechte Parteien* elf Antworten.

Die *SRzG* bat bundesweit Parteien um eine schriftliche Stellungnahme zu den im Positionspapier gemachten Vorschlägen und sen-

dete hierfür das Papier am 8. und 9. Mai 2017 an Parteispitzen, Vorstandsmitglieder, Landesvorsitzende, Fraktionsvorsitzende und Geschäftsstellen von SPD, CDU, CSU, Linke, Bündnis 90/Die Grünen, Piratenpartei, AfD und allen dazugehörigen Jugendorganisationen auf Bundes- und Landesebene. Bis zum 26. Mai 2017 formulierten SPD, CDU, FDP, Linke, Bündnis 90/Die Grünen, AfD, Piratenpartei, die Jungen Liberalen und die Junge Union Stellungnahmen. Die CSU und andere Jugendorganisationen äußerten sich nicht.

Im Folgenden sollen die in den 22 erhaltenen schriftlichen Stellungnahmen genannten Positionen mittels qualitativer Inhaltsanalyse ausgewertet und die von den Parteien schon ergriffenen und geplanten Maßnahmen schrittweise beleuchtet werden. Zunächst soll analysiert werden, wie die Struktur der Parteimitgliedschaft gestaltet werden kann, sodass Nicht-Mitglieder sich zu einem Beitritt angesprochen fühlen. Im nächsten Schritt soll auf Maßnahmen eingegangen werden, die Mitglieder dazu führen sollen, sich möglichst aktiv in das Parteileben einzubringen.

Offen, flexibel, jung?

Zahlt ein Mitglied den monatlichen Beitrag, erhält es Stimm-, Rede und Antragsrecht auf Versammlungen des Kreisverbandes, Wahlrecht bei der Entscheidung über die Delegierten für Parteitage und das Recht, in Arbeitsgruppen auf verschiedenen Ebenen mitzuarbeiten. Betrachtet man aber die heutigen Möglichkeiten, sich politisch zu engagieren, mutet eine traditionelle Parteimitgliedschaft „veraltet und unflexibel“ an, so die Landesvorsitzende der Grünen Berlins. Denn die Jungen unterzeichnen immer mehr Petitionen, nehmen an Demonstrationen

teil, boykottieren Waren aus politischer Überzeugung und engagieren sich vermehrt in Bürgerinitiativen oder NGOs⁷ – sie bevorzugen also punktuelle, themenspezifische Arten des politischen Engagements, bei denen sie rasch greifbare Veränderungen herbeiführen können. Im Gegenzug zu solchen Alternativen scheinen die langfristige Verbindlichkeit einer Parteimitgliedschaft und die der Komplexität von Parteien geschuldete Schwerfälligkeit in politischen Entscheidungsprozessen auf junge Menschen unattraktiv zu wirken. Diese Hypothese bestätigte auch der Grundsatzreferent der CDU Thüringen in seiner Stellungnahme. Für ihn führen die „gestiegene Vielfalt anderer ehrenamtlicher Angebote“ und „eine gewachsene Parteien- und Politikerverdrossenheit“ zu einer „sinkenden Bereitschaft, sich dauerhaft an eine Partei zu binden“. Dessen sind sich die Parteien in ihren Stellungnahmen durchaus bewusst. Die baden-württembergische AfD etwa bemerkte in ihrer Stellungnahme, dass politische Entscheidungsprozesse viel „Zeit und Durchhaltevermögen“ in Anspruch nähmen. Nehmen sie eventuell mehr Zeit und Durchhaltevermögen in Anspruch, als junge Menschen bereit und in der Lage sind zu geben? Damit eine Parteimitgliedschaft neben den vielfältigen Möglichkeiten des politischen Engagements auch heute noch attraktiv ist, ist es dringend nötig, ihr Konzept den heutigen Lebensumständen junger Menschen gemäß zu überdenken.

Die Probemitgliedschaft

Als Reaktion auf die Forderung nach einer Zwischenstufe zwischen einer Mitgliedschaft und einer Nicht-Mitgliedschaft führen

SPD, CDU, AfD, die Grünen und die Linkspartei in ihren Stellungnahmen die von ihnen angebotene Probemitgliedschaft an. Probemitglieder sind während des Probezeitraums von Mitgliedsbeiträgen befreit. Der monatliche Mindestbeitrag liegt bei den deutschen Parteien aktuell zwischen 3 € bei der Linken⁸ und 10 € bei der AfD⁹. Mitglieder stufen sich, je nach Einkommen, auf einer Skala selbst ein und zahlen den entsprechenden Beitrag. So empfiehlt zum Beispiel die SPD auf ihrer Website bei einem Monatsnettoeinkommen von 3000€ eine Beitragszahlung zwischen 25 und 35 Euro. Die FDP empfiehlt als Richtwert 0,5% der monatlichen Bruttoeinkünfte¹⁰, die AfD 1 % des Nettoeinkommens¹¹. Außerdem können Probemitglieder an Mitglieder- und Delegiertenversammlungen teilnehmen und erhalten dort Rede- und Antragsrecht. Allerdings können sie nicht an Abstimmungen jedweder Art teilnehmen¹². Den Stellungnahmen zufolge wird das Angebot einer Probemitgliedschaft jedoch nur selten genutzt. Eine Alternative zur Probemitgliedschaft bietet die CDU Rheinland-Pfalz an. Dort ist es für langjährige Mitglieder möglich, zwei Jahre lang den Mitgliedsbeitrag für ein Neumitglied zu übernehmen. Die FDP sieht eine Zwischenstufe der Mitgliedschaft nicht vor. Obwohl eine Testmitgliedschaft einen positiven Schritt zur Öffnung der Strukturen darstellt, bleibt fraglich, ob der finanzielle Aspekt der Mitgliederbeiträge tatsächlich junge Menschen daran hindert, in eine Partei einzutreten – die Zweckmäßigkeit einer von Beiträgen befreiten Probemitgliedschaft bleibt somit strittig.

„Junge Menschen haben begriffen, dass der soziale, europäisch-vernetzte Rechtsstaat [...] gar nicht so selbstverständlich ist und dass dieser auch aktiv gelebt und verteidigt werden muss, unter anderem in seinen Parteien.“

Michael Kellner,
politischer Geschäftsführer des Bündnis 90/Die Grünen

Rheinland-Pfalz an. Dort ist es für langjährige Mitglieder möglich, zwei Jahre lang den Mitgliedsbeitrag für ein Neumitglied zu übernehmen. Die FDP sieht eine Zwischenstufe der Mitgliedschaft nicht vor. Obwohl eine Testmitgliedschaft einen positiven Schritt zur Öffnung der Strukturen darstellt, bleibt fraglich, ob der finanzielle Aspekt der Mitgliederbeiträge tatsächlich junge Menschen daran hindert, in eine Partei einzutreten – die Zweckmäßigkeit einer von Beiträgen befreiten Probemitgliedschaft bleibt somit strittig.

Jugendorganisationen - Vorstufe der großen Politik?

Geht es darum, jungen Menschen den Einstieg in die Politik zu erleichtern, verwiesen Parteien in ihren Stellungnahmen auf ihre jeweiligen Jugendorganisationen. Diese sind für die Parteien eine Art Kaderschmiede, die der Mutterpartei eine ertragreiche politische Zukunft sichern sollen. Jugendorganisationen haben zwar Rede-, Antrags- und Vorschlagsrecht bei Parteiversammlungen der Mutterparteien, die Mitgliedschaft in ihnen bringt aber trotzdem keine verpflichtende Parteimitgliedschaft mit sich und ist auch für Minderjährige möglich. Besonders attraktiv sei ein Engagement in Jugendorganisationen, da es vor allem darum gehe, „politische Entscheidungen kritisch zu hinterfragen“, „eigene Konzepte zu entwickeln“ und „gemeinsam Spaß zu haben“, so der Landesvorsitzende der niedersächsischen FDP. Zudem sei eine Mitarbeit laut der baden-württembergischen SPD-Generalsekretärin „sehr unkompliziert“. Ein weiterer Vorteil ist außerdem, dass die Arbeit in einer Jugendorganisation „landes- und bundespolitisch Gehör“ findet, so die sächsische CDU. Beispiele wie Ex-Kanzler Gerhard Schröder, der zu Beginn seiner Laufbahn Chef der SPD-nahen Jungsozialisten war, und FDP-Bundesvorsitzender Christian Lindner, ehemaliges Vorstandsmitglied der FDP-nahen Jungen Liberalen in Nordrhein-Westfalen, bestätigen die These der Parteien. Doch im Gespräch mit der Tagesschau warnte Juso-Bundesvorsitzende Johanna Uekermann davor, sich durch ein Engagement bei Jugendorganisationen eine Karriere in der Mutterpartei zu erhoffen. Für seine Ideen zu streiten und die Gesellschaft verändern zu wollen sei demnach oftmals nicht förderlich für eine Parteikarriere¹³, so Uekermann. Ohnehin ist zu

bezweifeln, inwiefern Jugendorganisationen tatsächlich in der Lage sind, junge Menschen, die sich politisch nicht engagieren, zu mobilisieren, oder ob sie lediglich den ohnehin an einem späteren Parteieintritt Interessierten als Vorstufe dienen. Denn in den Mitgliederzahlen der Jugendorganisationen kristallisiert sich ein Trend heraus, der dem der Parteimitgliederzahlen ähnelt: Waren es im Jahr 1974 zum Beispiel noch 300

000 Mitglieder bei den Jusos, sind es aktuell nur noch 70.000¹⁴ – obwohl jedes SPD Mitglied unter 36 Jahren automatisch Jusos ist¹⁵. Der

Logik der Parteien

zufolge, dass finanzielle Entlastungen bei einer Probemitgliedschaft für die Jungen ein Anreiz dafür wären, in eine Partei einzutreten, wirkt es widersprüchlich, dass auch Jugendorganisationen Mitgliederbeiträge fordern. Einen konkreten, von Jugendorganisationen unabhängigen und vor allem langfristig ausgerichteten Schritt zur Nachwuchsförderung gehen die Grünen: Kernkompetenzen der Parteiarbeit wie Projekt- oder Zeitmanagement können sich besonders junge Neumitglieder bei der jährlich bundesweit stattfindenden Summer School aneignen. Bei dieser soll mit Vorträgen, Schulungen und Diskussionsrunden mit grünen Spitzenpolitikern das politische Engagement zukünftiger Politikergenerationen gefördert werden.

Neumitglieder integrieren

Ist es gelungen, Neumitglieder zu gewinnen, gilt es, die Integration dieser in den komplexen Organismus der Parteien zu erleichtern. Man müsse „die ganzen Gremien, die vielen Abkürzungen und interne Begrifflichkeiten“ einer Partei erläutern, erklärt der Landesvorstand der Grünen Berlins. Mit diesem Hintergrund führen Landesverbände der CDU, FDP, SPD und der Grünen in ihren Stel-

lungennahmen Neumitgliedertreffen mit Parteirepräsentanten an. Bei diesen Treffen sollen Fragen der „Neuen“ geklärt werden und ihre Anliegen Gehör finden. Für Neumitglieder sind diese Treffen deshalb wichtig, weil dort heute einflussreiche Politiker zeigen, dass auch sie einmal klein angefangen haben und ein „einfaches“ Mitglied waren. Der CDU-Landesverband Sachsen-Anhalts implementiert außerdem landesweit ein Modellprojekt, in dem Neumitglieder im Rahmen einer Patenschaft zu Beginn ihrer Mitgliedschaft von Vorstandsmitgliedern und Abgeordneten begleitet werden. Bundesweit hat die CDU zu diesem Zweck auch die Mitgliederakademie *Campus@CDU* ins Leben gerufen, bei der unterschiedliche Weiterbildungsangebote für Mandatsträger und hauptamtliche Mitarbeiter gebündelt werden. Die Generalsekretärin der SPD Baden-Württembergs lud mehrmals Gruppen junger Neumitglieder in ihr Büro, um diese willkommen zu heißen und, je nach persönlichem Interesse, an Projektgruppen zu vermitteln. Diese Initiativen von CDU und SPD sind hilfreich, zumal Neumitgliedern Wertschätzung zuteilwird und ihnen die Kontaktaufnahme zu anderen, langjährigen Mitgliedern erleichtert wird. Es ist allerdings wichtig, dass dieser ersten Kontaktaufnahme mit Parteispitzen letztendlich ausreichend Zeit gewidmet wird, sodass die Auseinandersetzung sinnvoll gestaltet werden kann und einen tatsächlichen Mehrwert darstellt. Damit Mitglieder sich auch langfristig als ein wichtiges Glied in der Partei sehen, können Neumitgliedertreffen nur ein Teil der Basis sein. Es sind, vor allem auf lange Sicht, weitere Maßnahmen zur Integration der Neumitglieder und die Ermöglichung einer aktiven Beteiligung erforder-

lich, die diese Basis weiterentwickeln und ein attraktives Mitgliedschaftskonzept auf ihr aufbauen.

Alle Macht den Mitgliedern

Für Neumitglieder besteht jedoch die Gefahr, angesichts der begrenzten eigenen Gestaltungsmöglichkeiten innerhalb der vielschichtigen Parteistrukturen und Hierarchien – vor allem zu Beginn ihrer Mitgliedschaft – entmutigt zu werden. Denn vor allem, wenn Neumitglieder über lange Zeiträume lediglich die bereits gefällten Entscheidungen der langjährigen Mitglieder tragen müssen, ohne ihre eigenen Ideen von Anfang an aktiv einbringen zu können, ist es

verständlich, wenn sie aus Frust „aufgeben“ – und folglich zu Karteileichen werden oder wieder austreten. Politische Parteien stehen weiterhin vor der Herausforderung, dass nachwachsende Ge-

nerationen immer stärker auf ihre ganz persönlichen Vorteile aus der Mitarbeit achten – zum Beispiel dem Spaß an der politischen Arbeit und dem Interesse an einem öffentlichen Mandat oder einem Parteiamt¹⁶. Gleichzeitig ist die Intension, sich für die Ziele der Partei einzusetzen, deutlich seltener ein Grund ist, Mitglied zu bleiben, als es vor der Mitgliedschaft ein Grund dafür war, überhaupt eines zu werden – das Mitglied verlangt im Laufe seiner Mitgliedschaft nach mehr auf sie zugeschnittenen Möglichkeiten zur Gestaltung der Politik¹⁷. Vor allem für junge Heranwachsende bedeutet eine Parteimitgliedschaft erst dann einen Mehrwert, wenn ihnen durch diese eine aktive Rolle in der Parteien- und somit Politikgestaltung zuteilwird: Reine Unterstützungs- und Bekenntnismitgliedschaften werden zunehmend unattraktiv¹⁸, „der Mitgliedertypus „stiller Beitragszahler““ stelle heute eher

„Mitglieder haben immer stärker werdende Bedürfnisse nach Dialog, Einbindung und Beteiligung, nach der Möglichkeit, eigene Kenntnisse und Fähigkeiten einzubringen.“

Frank Niebuhr,

Koordinator Mitgliederservice und Parteireform der CDU

eine Ausnahme dar, so der Koordinator des Bereichs Parteireform der CDU. Mehr Mitwirkungsmöglichkeiten innerhalb der Partei zu Beginn der Mitgliedschaft würden zudem sowohl das Zugehörigkeitsgefühl der Neumitglieder stärken, als auch und den Wunsch, sich langfristig zu engagieren und zu binden, fördern. Ziel sei es deswegen nicht, dass Neumitglieder „sich in die bereits bestehenden Strukturen möglichst geräuschlos einfügen“, so die Generalsekretärin der baden-württembergischen SPD. Um die neuen, nach Möglichkeiten der Mitgestaltung verlangenden Mitglieder einzubeziehen, sind vor allem Urwahlen unter den Parteien ein beliebtes Mittel. So konnten beispielsweise alle Parteimitglieder der Grünen im Rahmen einer Urwahl ihr Spitzenduo bestimmen – lediglich 59 % der Wahlberechtigten machten jedoch von ihrem Wahlrecht Gebrauch, so die Stellungnahme des grünen Landesverbands aus Berlin. Auch die FDP führt Mitgliederbefragungen und Urwahlen durch: Mitglieder der Freien Demokraten können regelmäßig sowohl über inhaltliche Fragen, zum Beispiel zur Euro-Rettung, als auch über anlassbezogene Fragen, wie nach den Wahlen in Nordrhein-Westfalen über den Koalitionsvertrag, abstimmen. Die Durchführung solcher Urwahlen trägt unter den Neumitgliedern zu dem Gefühl bei, ein entscheidender Teil ihrer Partei zu sein. Denn Urwahlen sind, im Vergleich mit anderen Werkzeugen zur Mitgliederbeteiligung, relativ einfach umsetzbar und besonders gerecht – die Stimmen der Alt- und Neumitglieder haben dieselbe Gewichtung, sie sind gleichgestellt. Zudem werden Urwahlen den heutigen Ansprüchen insoweit gerecht, dass Mitglieder durch sie direkt Einfluss auf aktuelle Prozesse nehmen können, ihre Stimme sofort berücksichtigt wird, ohne zuvor langatmige, aufwendige Vorgänge zu durchlaufen und die Ergebnisse meist schnell greifbar sind.

Doch der Ausbau von reinen Urabstimmungen über Kandidaten und Positionen alleine mache „eine Partei noch lange nicht attraktiv für junge Menschen“, so der Grundsatzreferent der CDU Thüringen. Es genügt nicht, Mitgliedern lediglich an Wahlen mit vorgegebenen Entscheidungsmöglichkeiten teilhaben zu lassen. Das lässt sich daraus schließen, dass, obwohl Parteien jetzt schon einige Angebote zur direkten Mitgliederbeteiligung anbieten, sie die junge Generation trotzdem nur schwer erreichen können. Zudem ist es wichtig, dass sowohl junge, als auch langjährige Parteimitglieder sich bei innerparteilichen Entscheidungsprozessen auf Augenhöhe begegnen und kein Machtgefälle entsteht. Die CDU gibt den Anliegen der Neumitglieder bundesweit Gewicht, indem sie im Rahmen des Beschlusses *Meine CDU 2017 – Die Volkspartei* Mitgliederbeauftragte mit Sitz und Stimme in allen Vorständen der Partei vorsieht. Solche Schritte sind essentiell, denn nur so kann Neumitgliedern das Gefühl, wirklich zu „zählen“ vermittelt, und dem Parteienverdruss entgegengewirkt werden.

Aktive inhaltliche Mitarbeit

Wie auch die wachsende Affinität der Jungen zur Mitarbeit in NGOs oder Bürgerinitiativen verdeutlicht, ist es wichtig den eigenen Ideen junger Menschen in der Partei Raum zu geben, um diese zu erreichen. Auch für den Koordinator des Bereichs Parteireform der CDU ist klar, dass Bedürfnisse der Mitglieder über reine Entscheidungsbefugnisse hinausgehen: Mitglieder hätten „immer stärker werdende Bedürfnisse nach Dialog, Einbindung und Beteiligung, nach der Möglichkeit, eigene Kenntnisse und Fähigkeiten einzubringen“. Dem versucht die baden-württembergische SPD mit spezifischen Projektgruppen gerecht zu werden, in denen jeder mit themenbezogener Expertise gemeinsam mit zuständigen Abgeordneten aus Bund, Land und Europa, Ehrenamtlichen aus dem Landesvorstand, Interessier-

ten aus Arbeitsgemeinschaften und Experten an Schwerpunktthemen mitarbeiten kann. Die Ergebnisse werden zweimal jährlich bei Workshops, zu denen alle Mitglieder eingeladen sind, vorgestellt, diskutiert und ergänzt. Auch die Grünen gehen Schritte, um Mitgliedern mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten zu bieten: Bei ihrer Bundesversammlung wurden die über 2000 von Mitgliedern eingereichten Änderungsvorschläge zum Bundestagswahlprogramm 2017 von 900 Delegierten diskutiert und, sofern möglich, in den Entwurf eingearbeitet. Auch bei der FDP konnten Mitglieder Vorschläge zum Bundestagswahlprogramm – online – einreichen, die auf dem Bundesparteitag beraten, ergänzt und beschlossen wurden. Außerdem hoben alle kontaktierten Parteien in ihren Stellungnahmen Landesarbeitsgemeinschaften, Landesfachausschüsse oder andere Gremien, in denen die Zusammenarbeit von „einfachen“ Mitgliedern mit Experten erwünscht sei, hervor – hier bekommen gerade junge Menschen die Möglichkeit, inhaltliche Arbeit zu leisten. Diese Ansätze verdeutlichen zwar, dass Parteien innerhalb ihres Aufbaus versuchen, Mitgliedern vermehrt in Entwicklungs- und Entscheidungsprozesse zu integrieren – vor allem, wenn jene Gremien allen Mitgliedern offenstehen. Allerdings müssen Mitglieder, um in diesen Ausschüssen überhaupt mitarbeiten zu können, zu oft zunächst gewählt werden. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass Neumitglieder hierfür die nötige Unterstützung finden. Zu oft wird in Parteien gar nicht erst ausreichend Raum für die Durchführung von Verfahren der direkten Mitgliederbeteiligung berücksichtigt. So

„Viele unserer Mitglieder hatten in den vergangenen Jahren weder das Gefühl in Diskussionsprozesse eingebunden zu sein, noch tatsächlich eine Entscheidung beeinflussen zu können. [...] Dabei muss gewährleistet sein, dass Impulse unserer Mitglieder Gehör finden, ebenso muss unsere Arbeit auf Landesebene eine Rückkopplung erfahren.“

*Luisa Boos,
Generalsekretärin der SPD Baden-Württembergs*

kommt es dazu, dass selbst Initiativen, die eine aktive Mitwirkung von Mitgliedern versprechen, aufgrund von mangelnden Ressourcen nicht zu Stande kommen können. Das bekam, so die Stellungnahme, die baden-württembergische SPD zu spüren: Bei einem Leitantrag über die Höhe des Rentenniveaus konnte sie unter ihren Mitgliedern, nachdem diese zuvor über den Antrag diskutiert hatten, „aus zeitlichen und Kostengründen“ kein Mitgliedervotum durchführen – obwohl eine Endabstimmung auch vom Landesvorstand erwünscht gewesen wäre. Die Initiative des Landesvorstands, die Mitglieder aktiv in eine Diskussion miteinzubeziehen, führt zweifelsohne dazu, dass die Partei für junge Menschen attraktiver wird. Da die Mitglieder aber letztendlich keine tatsächliche Entscheidungsmöglichkeit erhalten haben, verliert der gesamte Diskussionsprozess an Wert. Erst, wenn Mitglieder sowohl eigene Idee einbringen, als auch im nächsten Schritt über die erarbeiteten Ergebnisse abstimmen können, sind sie in vollem Umfang miteinbezogen. Damit dieses Ziel in Zukunft erreicht werden kann, plant die SPD nun ihre „Instrumente zur direkten Mitgliederbeteiligung“ auszubauen. Um den heutigen Ansprüchen an Schnelligkeit gerecht zu werden und solche Projekte im Alltag durchführbar zu gestalten, ist es notwendig, dass Parteien finanziell und organisatorisch gut vorbereitet sind.

Mitarbeit für Nicht-Mitglieder

Um das Interesse junger Menschen an einem politischen Engagement innerhalb einer Partei zu fördern, ist die Einbeziehung

von außenstehenden Nicht-Mitgliedern von Bedeutung. Denn junge Heranwachsende neigen dazu, sich eher themenorientiert, punktuell und zeitlichen befristet zu engagieren, anstatt ein langfristiges politisches Engagement zu verfolgen¹⁹. Das kann auch für die Parteien Vorteile haben: Sie können von der Expertise und den frischen, unbefangenen und unparteiischen Ansätzen der außenstehenden Gruppierungen profitieren. Gelingt die Zusammenarbeit von Partei und unabhängigen Nicht-Mitgliedern, können letztere gegebenenfalls als Wähler gewonnen oder sogar für eine Mitgliedschaft begeistert werden. Dieses Potenzial fing die CDU in einer Form des modernen Wahlkampfes auf: Im Rahmen des Projekts „Meine Idee für Deutschland – Ich schreibe Zukunft“ konnten die deutschen Bürger bundesweit bei der Entwicklung des Regierungsprogramms zur Bundestagswahl 2017 konkret aktiv werden, indem sie Vorschläge einsandten – ohne selbst Mitglied zu sein.

Haben Nicht-Mitglieder ihre Bedürfnisse und Wünsche erst einmal formuliert, können Parteien diese Menschen erreichen und ihre Stimme gewinnen, indem sie jene Vorschläge in ihrem Programm be-

berücksichtigen. Allerdings hieß es in den Stellungnahmen aller Parteien, dass eine themenbezogene Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen oder in Bundesfachausschüssen grundsätzlich möglich sei. So betonten zum Beispiel auch die Grünen, dass die freie Mitarbeit von Nicht-Mitgliedern in ihrer Bundessatzung verankert sei und diese somit ausdrücklich willkommen seien, nannten allerdings keine konkreten Maßnahmen, die diese Nicht-Mitglieder aktiv integrieren

sollen. Parteien bieten durchaus Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit Nicht-Mitgliedern an, wenn diese mit den Parteien in Kontakt treten. Um aber von dem Potenzial von Nicht-Mitgliedern wirklich profitieren zu können, ist es nötig, eine Kooperation mit Nicht-Mitgliedern wirklich aktiv anzubieten – und die Instrumente hierfür auszubauen.

Ortsvereine – Ideenlabore der Regierungsarbeit?

Der Ortsverein ist die unterste Ebene in der Parteienstruktur, er ist der Grundpfeiler in der Hierarchie der Parteien. Als Schnittstelle zwischen Politik und Bürgern ist er somit die erste Anlaufstelle und zunächst das primäre politische Umfeld für Neumitglieder – sozusagen die lokale Version der „großen“, bundesweiten Politik. In ihrem Positionspapier kritisiert die SRzG die zunehmende Entpolitisierung der Ortsvereine und fordert die Weiterentwicklung zu Ideenlaboren, damit diese für junge Menschen attraktiver werden. Der

„Damit das [Angebot] aber auch die gewünschte Wirkung entfaltet, müssen sich gerade junge Menschen wieder deutlicher bewusst machen, wie wichtig Parteien zur Aufrechterhaltung des demokratischen Gemeinwesens in unserem Land sind. Erst als Mitglied erkennt man, dass Parteien oft besser sind als ihr Ruf.“

*Frank Niebuhr,
Kordinator Mitgliederservice und Parteireform der CDU Deutschlands*

Entpolitisierung wollen die meisten Parteien ihre Ortsvereine nicht beschuldigen. Dort würden sich „viele junge Menschen einbringen“, da „Entscheidungsprozesse nicht so langwierig sind

und Konzepte zu greifbaren Ergebnissen führen“ – man erlebe hier eine verstärkte Politisierung, so die Einschätzung der sächsischen Grünen. Die politische Heimat sei außerdem „identitätsstiftend“ findet der Geschäftsführer der rheinland-pfälzischen CDU. Was in der Theorie zwar plausibel klingt, ist in der Praxis nicht so wiederzuerkennen. Denn Diskussionen über das „tägliche Leben“, „fehlende Kitaplätze“ und den „Müll im Park“, die laut den Grünen Berlins

die engste Verbindung der Politik mit dem Bürger ermöglicht, erreichen die junge Generation nicht. Diese ist primär an bundesweiten oder globale Fragen interessiert, während die ältere Generation sich eher in der Lokalpolitik wiederfindet²⁰. Jüngere Menschen sind also schlicht und ergreifend weniger daran interessiert, politische Basisarbeit für die Lokalpolitik zu leisten. Somit sind Ortsvereine in ihrem Konzept nicht mehr zeitgemäß und dadurch nicht, wie von Parteien erhofft, effektive Werkzeuge, um junge Neumitglieder zu gewinnen. Die Jungen Liberalen sprechen in ihrer Stellungnahme vom „angestaubten Hinterzimmer-Stammtisch-Image“. Dass „nicht alle [...] lokale[n] Strukturen noch gut funktionieren“ findet auch die baden-württembergische SPD-Generalsekretärin. Vor allem heute, in Zeiten der Digitalisierung und Mobilität, können Parteien ihre die Gesellschaft erst vollständig in ihr System integrieren, wenn themenbezogene Zusammenarbeit auch über Ortsgrenzen hinweg möglich ist. Auf dieses Defizit reagieren auch die anderen Parteien, zum Beispiel indem sie vermehrt Alternativen zum traditionellen Ortsverein organisieren, die junge Menschen stärker ansprechen sollen. Die FDP ermöglicht ihrerseits mit dem *FreidenkerClub* ein regelmäßiges, lockeres, themenbezogenes Zusammentreffen von Sympathisanten und Parteivertretern, das außerdem auch den Diskurs mit Außenstehenden fördern soll. Die sächsischen Grünen organisieren jährlich den *Grünen Tag*, einen Workshop-Tag für alle – auch Nicht-Mitglieder –,

an dem über den Tellerrand des Ortsvereins hinweg Zukunftsperspektiven und Konzepte diskutiert werden sollen. Die CDU unterhält bundesweit eine sogenannte *Ideenbörse*, die geeignete, regional erarbeitete Projekte sammelt und fördert. Hier lassen sich vielfältige Facetten der Lokalpolitik von der einfachen *WhatsApp-Gruppe* bis zum Parteeinchor erkennen. Außerdem setzt man auf die Landes- und Bundesarbeitsgemeinschaften oder Arbeitskreise, die überregional Problemstellungen thematisieren in denen Mitglieder sich abseits der Realität ihres Ortsvereins mit ihrem Wissen einbringen können.

Ortsgebundenheit und Ortsvereine modernisieren

Die Ortsgebundenheit hängt direkt mit dem Ortsverein zusammen. Beim Parteieintritt gibt in der Regel der Wohnort des Mitglieds vor, welchem Ortsverein das Neumitglied angehören wird. Dem geht der Gedanke voraus, dass Mitglieder dort politisch aktiv sein wollen, wo sie wohnen. Zudem, so die baden-württembergische AfD, „spürt [ein

„Wir sind eine Volkspartei, die aus ganz unterschiedlichen Menschen mit ganz unterschiedlichen Lebensentwürfen, Wünschen und Interessen besteht. Dies müssen wir mit Blick auf unseren Mitgliederservice berücksichtigen. [...] Parteitage live im Internet verfolgen zu können gehört genauso [zum Angebot] dazu wie der sogenannte „Stammtisch“, also die Möglichkeit, vor Ort diskutieren zu können.“

Frank Niebuhr,

Koordinator Mitgliederservice und Partiereform der CDU Deutschlands

Parteiangehöriger] die Auswirkungen einer falschen Politik dort, wo er sich aufhält und [...] wohnt“. Dabei ist dieses Konzept, vor allem im Hinblick auf die steigende Mobilität in der Gesellschaft, nicht mehr zeitgemäß.

Obwohl die meisten Parteien in ihren Stellungnahmen eine Auflösung der Ortsgebundenheit nicht für sinnvoll hielten, reagierten sie mit entschärften Bedingungen zur Ortsgebundenheit. So gilt bei der Linkspartei in Thüringen, der CDU in Sachsen

oder bei der FDP zwar noch das Wohnortprinzip, letztendlich entscheidet jedes Mitglied jedoch selbst, wo es sich engagieren und welchem Verband es angehören möchte – denkbar sind zum Beispiel der Arbeitsort, der aktuelle oder sogar der ehemalige Wohnort. Die Jungen Liberalen bieten die bundesunmittelbare Mitgliedschaft an, die nicht an einen bestimmten Ort gebunden ist. Für die baden-württembergischen Landesverbände von AfD und SPD sowie die sächsischen Grünen sind Ortswechsel gängige Praxis und stellen, so die Parteien, im Regelfall ohnehin keinen bürokratischen Aufwand dar.

Eine Aufhebung der Ortsgebundenheit könnte allerdings zu einem gesunden Konkurrenzkampf zwischen Ortsvereinen führen, der Innovation und Entwicklung fördert, heißt es im Positionspapier der SRzG. Während die sächsische CDU diesen Konkurrenzkampf zwischen Ortsvereinen für „wenig stichhaltig“ hält, fördern beispielsweise die baden-württembergischen Freien Demokraten diesen gezielt. Immer wieder veranlassen sie Neumitglieder-Wettbewerbe, bei denen die Orts- und Kreisverbände ausgezeichnet werden, die prozentual und absolut die meisten Mitglieder in einem bestimmten Zeitraum werben können. Allerdings warnte der Fraktionsvorsitzende der SPD im baden-württembergischen Landtag, dass man die Negativbeispiele des Konkurrenzkampfes zwischen Ortsvereinen nicht vergessen dürfe, in denen es auch, vor allem im Vorfeld von Wahlen, um machtpolitisch orientierte Fragen geht.

Beteiligung im 21. Jahrhundert

Parteien stehen angesichts einer zunehmend von Digitalisierung, Mobilität und Globalisierung geprägten Gesellschaft vor neuen Herausforderungen, die die „Parteistrukturen auf den Prüfstand“ stellen, so der Vorsitzende der Jungen Union Hessens. Für

junge Mitglieder ist es zunehmend wichtig, die Politik innerhalb der Partei selbst aktiv mitgestalten zu können – sie „haben immer stärker werdende Bedürfnisse nach Dialog, Einbindung und Beteiligung“, so der Koordinator der Abteilung Parteireform der CDU. Doch um Angebote der Partei nutzen und die Politik somit aktiv mitgestalten zu können, müssen die Mitglieder bei regelmäßigen Treffen und Sitzungen anwesend sein. Gleichzeitig sind junge Menschen jedoch mobiler denn je: sie ziehen wegen Ausbildung, Studium oder Jobwechsel öfter um, stehen zum Großteil mitten im Berufsleben, engagieren sich ehrenamtlich und müssen währenddessen zudem noch ihr Familienleben regeln. Die Voraussetzungen für eine aktive Mitarbeit in einer Partei und die alltäglichen Anforderungen an junge Menschen sind angesichts der heutigen Beteiligungsmöglichkeiten, kaum miteinander kompatibel. Ein Engagement in Parteien wird für junge Menschen somit nur schwer umsetzbar. Damit eine Parteimitgliedschaft für junge Menschen in ihrer heutigen Lebensrealität erneut ansprechend wird, ist es somit nötig, Mitwirkungsmöglichkeiten der Zeit gemäß zu gestalten. Dabei gehört die digitale Revolution zu den Prozessen unserer Zeit, die die Gesellschaft am stärksten geprägt haben und zukünftige Generationen weiterhin prägen werden. Heute haben 99 % der Jugendlichen Zugang zum Internet und verbringen im Durchschnitt 18,4 Wochenstunden darin²¹. Betrachtet man diese Zahlen, wird schnell klar: Um eine Mitarbeit in einer Partei für junge Menschen realistisch zu gestalten, ist es dringend notwendig, von digitalen Beteiligungsmöglichkeiten Gebrauch zu machen. Konzepte hierzu gibt es zwar schon reichlich, sie müssen jedoch stets weiterentwickelt, an neue Technologien angepasst und ergänzt werden. Denn es sind im Zuge der Digitalisierung kommunikative Möglichkeiten entstanden, die „in Teilen der Gesellschaft eine völlig neue Diskussions- und

Partizipationskultur hervorgebracht haben“, bestätigt der Landesgeschäftsführer der CDU Rheinland-Pfalz. Er warnt jedoch auch, dass sich gleichzeitig „viele Menschen durch diese Entwicklungen zum Teil überfordert und ausgegrenzt“ fühlen. Nicht nur für die Grünen ist es wichtig, „dass es auch immer die Möglichkeit gibt, sich offline zu beteiligen“, sodass niemand ausgeschlossen wird. Auch der Vorsitzende der Jungen Union Hessens hält an dem „Prinzip der physischen Präsenz“ fest. Diese sei für „die Qualität der Kommunikation aber auch für das Bewusstsein über die eigenen politischen Entscheidungen“ essentiell. Somit gilt es, vor allem im Hinblick auf die bestehenden Altersstrukturen der Parteien, eine größere Bandbreite an Beteiligungsmöglichkeiten anzubieten, sodass die gesamte Gesellschaft erreicht werden kann – ohne, dass eine „Exklusion der Vielen“ stattfindet.

Online-Mitarbeit einführen

Alle kontaktierten Parteien gaben in ihren Stellungnahmen an, in sozialen Netzwerken präsent zu sein. Die Bedeutung dieser im politischen Alltag und Wahlkampf haben die deutschen Parteien am sogenannten Obama-Effekt gelernt²². Für den amerikanischen Ex-Präsidenten war die aktive Nutzung der Social-Media-Kanäle von entscheidender Bedeutung für seine (Wieder-)Wahl. Denn mit sozialen Netzwerken können nicht nur Nachrichten über die Partei verbreitet, sondern auch interaktive Angebote zur Mitgliederbeteiligung angeführt werden. So versucht zum Beispiel die baden-württembergische FDP auf ihren Plattformen Diskussionen mit ihren (Nicht-)Mitgliedern zu führen und diese im Rahmen von Q&A's zu informieren. Somit kann Social Media sowohl der Gewinnung von Neumitgliedern, als auch der Mitarbeit von Mitgliedern dienen. Um eine inadäquate Nutzung von sozialen Netzwerken seitens der Kandidaten zu vermeiden, führt die FDP zudem bundes-

weit Schulungen durch. Zu ähnlichen Maßnahmen haben sich die anderen Parteien in ihren Stellungnahmen nicht geäußert. Damit ihre Mitglieder sich in einem geschützten, sicheren Raum bewegen können, unterhalten die Grünen, die FDP, die CDU und die Piraten ihre eigenen Online-Plattformen. Im *Grünen Netz*, im Netzwerk *MeineFreiheit* oder bei *CDUPlus* haben Mitglieder Zugriff auf unterschiedlichste Werkzeuge zu digitalen Mitarbeit, Möglichkeiten, um einfach mit der Partei in Kontakt zu treten und Foren für Diskussionen. Zudem können Parteimitglieder teilweise sogar online Anträge und Änderungsanträge im Vorfeld von Parteitagen stellen – das geht bei der FDP im Netzwerk *MeineFreiheit* und bei den Grünen mit dem Tool *Antragsgrün* im *Grünen Netzwerk*. Außerdem nutzen die Grünen ihr Netzwerk regelmäßig, um bundesweit Mitgliederumfragen durchzuführen. Die Arbeitsgruppen der Piratenpartei arbeiten im Konferenzprogramm *Mumble* online miteinander und haben ein eigenes Kollaborationstool, das *Piratenpad*, um gleichzeitig gemeinsam an Dokumenten arbeiten zu können – das ermöglicht die Arbeit von Arbeitsgemeinschaften ohne physische Treffen. Bei der CDU soll es in naher Zukunft für Mitglieder möglich sein, durch ein Experten- und Kompetenzpool auf der Plattform *CDUPlus* mitzuteilen, in welchen Themenbereichen sie über entsprechende Kompetenzen verfügen. So sollen die Verbände dann konkret auf Mitglieder zugreifen können, die für bestimmte Ausschüsse geeignet wären. Die Unterhaltung solcher Netzwerke fördert die Attraktivität der Parteien, da durch sie vor allem auch junge Mitglieder, denen es nicht möglich ist, immer physisch präsent zu sein, aktiver am Parteileben teilzunehmen. Die baden-württembergische SPD beklagt jedoch, dass der „Landesverband mit beschränkten finanziellen Mitteln an [seiner] Grenzen [stößt]“. Da die Konzipierung und Aufrechterhaltung eines solchen Netzwerkes kosten- und zeitintensiv

sind, fällt es in den Zuständigkeitsbereich der Parteien auf Bundesebene, sie zu entwickeln. Um die parteiinterne Kommunikation auch ohne eine direkte Verbindung zum eigenen Netzwerk und ohne zusätzliche Kosten sicherzustellen, prüft die FDP die Möglichkeit, Gremiensitzungen über *Skype* zu organisieren. Bei den Jungen Liberalen sind „Sitzungen [...] via AdobeConnect, Skype oder Teamspeak [...] längst gelebte Praxis. Auch bei den Grünen Berlins läuft die parteiinterne Kommunikation größtenteils über Plattformen wie *Whatsapp* oder *Threema*. Für die Linke Thüringens hat sich die Online-Mitarbeit „bisher nicht bewährt“. Da Mitglieder heute immer weniger Zeit haben, um physisch anwesend zu sein, bieten die Piraten Live-Übertragungen aller größeren Parteiveranstaltungen an – und zwar auch für Nicht-Mitglieder. Die CDU veranstaltet Video-Konferenzen, genannt *CDU Live*, bei

denen Mit-
glieder live
im Internet
mit Abge-
ordneten,
Regierungs-
mitgliedern
oder Exper-
ten über
bestimmte
Themen

diskutieren können. Die jeweiligen Arbeitsgemeinschaften und Ausschüsse, die sich mit Online-Partizipation beschäftigen, sind bemüht, neue digitale Beteiligungsformen zu entwickeln. Allerdings seien ihre Hände gebunden, wenn es um Abstimmungen über Anträge und Kandidaten geht, denn bürokratische Hürden und das Bundeswahlgesetz verhindern die Ausführung von Online-Abstimmungen, so die Stellungnahmen. Außerdem gehe es auch um Fragen der „Datensicherheit [...] und der Missbrauchsanfälligkeit“, so die baden-württembergische FDP. Dabei ist eine elektroni-

sche Stimmabgabe in anderen Ländern schon seit Längerem möglich. Die Schweiz zum Beispiel hat 2003 eine Rechtsgrundlage für die elektronische Stimmabgabe geschaffen, seit 2006 wird der *Vote électronique* dort schrittweise eingeführt²³. Ohnehin betonten alle Parteien die Wichtigkeit, Online-Partizipation als Zusatz zur physischen Mitarbeit und nicht als Ersatz zu behandeln.

Parteitage reformieren

Bundesparteitage sind das oberste Entscheidungsgremium der Parteien. Auf Parteitag wird von den Delegierten sowohl über den künftigen politischen Kurs abgestimmt, als auch der Parteivorstand gewählt. Das Konzept der Parteitage ist seit langem unverändert. Die Grundidee hat sich zwar bewährt, einige Abläufe und Strukturen sind jedoch kaum noch zeitgemäß. Einer der Kritikpunkte aus dem Positionspapier

ist, dass die Zeit zwischen den Parteitag von Stillstand geprägt ist, da nur wenige Entscheidungen ohne einen offiziellen Beschluss aus

dem Parteitag getroffen werden können. Gleichzeitig finden diese aber meist nur jährlich oder jedes zweite Jahr statt, lediglich die Piratenpartei hält ihre Parteitage halbjährlich ab. Dieser Kritik widersprechen die Parteien in ihren Stellungnahmen entschieden und bestärken, dass der Zeitraum zwischen den Parteitagen dafür da sei, Diskussionen zu führen, Konzepte auszuarbeiten und Ideen zu konkretisieren – die inhaltliche Debatte soll somit vor dem Parteitag stattfinden. Parteitage selbst dienen laut der sächsischen CDU vor allem dazu, die zuvor auf unterschiedlichen Ebenen diskutierte inhaltliche Arbeit zu präsen-

„Parteitage sind als höchstes Beschlussorgan [...] der Gipfel des innerparteilichen Diskurses und der innerparteilichen Demokratie. Gerade deshalb ist es entscheidend, viele Mitglieder zur Teilnahme daran zu animieren.“

Frederic Schneider,

Bundesgeschäftsführer für politische Jugendarbeit der Jungen Liberalen

tieren und durch Beschlüsse verbindlich zu machen. Doch gerade für junge Heranwachsende, für die eigene Gestaltungsmöglichkeiten besonders wichtig sind, bieten Parteitage, die eine themenbezogene Auseinandersetzung nur begrenzt vorsehen, kaum einen Anreiz. „Dass auf Parteitagen immer weniger Raum zur inhaltlichen Debatte vorhanden war“ fand nicht nur die baden-württembergische SPD-Generalsekretärin, auch die anderen Parteien erkannten die Forderung nach mehr inhaltlicher Auseinandersetzung und bieten ihrerseits vermehrt Veranstaltungen zur themenbezogenen Arbeit an. Dazu gehören im Vorfeld der Parteitage öffentliche Diskussionsveranstaltungen oder Projektgruppen, die von allen befragten Parteien in unterschiedlichem Umfang angeboten werden. Die CDU und die Grünen veranstalten zudem auf Bundesebene parallel zum Parteitag Themenforen und Workshops, in denen sich Delegierte mit Experten themenbezogen austauschen können. Die baden-württembergische SPD verwirklicht dasselbe Prinzip auf ihren Landesparteitagen. Im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft Parteientwicklung hat die FDP außerdem ein Rederecht für Mitglieder bei den normalerweise ausschließlich für die Delegierten zugänglichen Bundesparteitagen ausgearbeitet, dieses Rederecht haben auch die Mitglieder der Piratenpartei. Zudem hat die SPD in Baden-Württemberg ein weiteres Projekt, das Mitgliedern den Zugang zum Parteitag erleichtern soll. Neben den großen Parteitagen veranstaltet sie 2017 erstmals zusätzlich noch einen kleinen Parteitag, bei dem vorrangig Anträge aus den Gliederungen behandelt werden sollen. Bei diesem kleinen Parteitag sollen die Delegierten

ohne Vorgaben des Tagungspräsidiums selber entscheiden, welche Anträge in welcher Reihenfolge beraten werden.

Diese Maßnahmen machen Parteitage auch für das „normale“, im Arbeitsleben stehende Mitglied, das sich weder im Ruhestand befindet, noch Berufspolitiker ist, ansprechender, da durch sie Mitglieder stärker in den Entwicklungsprozess miteinbezogen werden. Nichtsdestotrotz werden gerade diese „normalen Mitglieder“ von dem tatsächlichen Entscheidungsprozess weiterhin größtenteils ausgeschlossen. Denn auf Bundesparteitagen sind ausschließlich Delegierte wiederzufinden, die kleinere Gliederungen repräsentieren. Somit können auch nur die anwesenden Delegierten von den angebotenen Themenforen und Diskussionen während der Veranstaltung profitieren. Dass nicht alle Mitglieder einer Partei direkt in die Abstimmungen miteinbezogen werden können ist nachvollziehbar. Zum einen

verbietet das Parteiengesetz in der heutigen Fassung Online-Abstimmungen zu Personalfragen, alle Mitglieder auf

einem Parteitag physisch zu versammeln ist jedoch auch unmöglich. Doch um als Delegierter zu einem Parteitag entsandt zu werden, muss man von seiner örtlichen Gliederung gewählt werden. Es ist jedoch zu bezweifeln, ob ein Neumitglied die dafür notwendige Wählerschaft überhaupt um sich versammeln könnte. Das Delegierten-System selbst verhindert somit eine aktivere Mitgestaltung von neueren Mitgliedern auf Parteitagen. Einige Parteien versuchen mit Mitgliederparteitagen dieses System teilweise zu umgehen. Sie haben mit der Organisation von Mitgliederparteitagen, auf denen jedes Mitglied Rederecht hat, Ergebnisse erzielen können, die Mitgliedern in

besonderem Maße Mitspracherecht gewährt haben. Zum Beispiel wurde das Grundsatzprogramm der AfD 2016 bei einem solchen Mitgliederparteitag verabschiedet.

Nichtsdestotrotz gilt es nicht nur Alternativangebote zu präsentieren, sondern auch die Strukturen und Abläufe der Parteitage – und auch anderer Versammlungen – für unerfahrene Neumitglieder zu vereinfachen, denn sie sind „für Außenstehende [...] etwas Ungewohntes und das Kennenlernen der Abläufe benötigt Zeit“, so die Landesvorsitzende der FDP Hamburg. Um die Funktionsweise von Parteitag zu erläutern, veranstaltet die FDP in Hamburg ein *Skill-Camp*, das das Schreiben von Anträgen oder den Ablauf der Antragsdebatte erklärt und allgemeine Fragen rund um den Parteitag beantwortet. Auch die FDP-nahen Jungen Liberalen bieten ein „Spring-Lab“ an, bei dem Mitglieder ihre Fertigkeiten trainieren und ausbauen sollen. Um Parteitage flexibler zu gestalten und für junge Menschen ansprechender zu machen, lassen die Grünen den Delegierten – ähnlich wie die SPD bei ihren kleinen Parteitag – über ein „Rankingverfahren [...] Mitspracherecht bei der Tagesordnung“ zukommen. Auch die baden-württembergische SPD reagiert und hat, um zeitraubende Entscheidungsprozesse zu kürzen, ein elektronisches Stimmssystem eingeführt. Um nicht nur Parteitage, sondern auch andere Sitzungen und Versammlungen, die Teil der Parteiarbeit sind, an die heutigen Bedingungen anzupassen, arbeitet zum Beispiel die CDU mit festen Anfangs- und Endzeiten, die es Mitgliedern ermöglichen sollen, die Parteiarbeit zuverlässiger in ihren Alltag integrieren zu können.

Die „Partei der alten Männer“

Das hohe Durchschnittsalter in den deutschen Parteien reicht bis in die Parteivorstände. So sind zum Beispiel die Bundesvorsitzenden der deutschen Volksparteien beide über 60 Jahre alt. Damit Parteien „jung“

bleiben, Innovation gefördert wird und der Nachwuchs sich auch von den Mandats-trägern stärker angesprochen fühlt, fordert die *Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen* eine Nachwuchsquote in Parteien und Parlamenten. Bei der baden-württembergischen AfD wurde erwägt, in der Parteisatzung „die Mandatszeit zu [...] beschränken“ oder für „Mandatsträger [...] eine höhere Stimmenanzahl zur Erwerbung [einer zweiten oder dritten Amtszeit] vorzuschreiben“. Die Vorschläge wurden letztendlich jedoch auch hier nicht übernommen, „auch wenn viele AfD-Mitglieder sie für sinnvoll halten“. Selbst bei den Grünen habe man zwar bundesweit „viele Erfahrungen mit Rotationsmodellen sammeln können“, von denen konnte sich jedoch keines durchsetzen, so die bundesweite Stellungnahme. Grundvoraussetzung für die geforderte Rotation der Ämter einer Partei sei jedoch ohnehin „eine Begrenzung der Mandatsdauer“, so die baden-württembergische SPD-Generalsekretärin. Dies werde „in der SPD immer wieder – ohne Ergebnis – diskutiert“, da es auf großen Widerstand stoße.

Dabei wäre es durchaus sinnvoll, Mandats-träger aufzustellen, die möglichst unterschiedliche Teile der Gesellschaft – wie auch die junge Generation – repräsentieren: 50 % der im Rahmen der deutschen Parteienstudien befragten Parteimitglieder gaben an, dass beeindruckende Persönlichkeiten an der Parteispitze für sie als Grund für den Parteiantritt „wichtig“ oder „sehr wichtig“ waren²⁴. Junge Politiker in hohen Positionen könnten somit durchaus dazu führen, dass junge Menschen sich angesprochen fühlen. Generell lehnten die befragten Parteien in ihren Stellungnahmen jedoch, bis auf einige Landesverbände der Grünen, eine Quotenregelung ab. Auch wenn eine Rotation nicht durch eine Mandatszeitbeschränkung ermöglicht würde, könnte eine solche Quotenregelung jedoch sicherstellen, dass ausreichend junge Menschen Mandate innehaben. Für die Linke Thüringens ist es wichtig, dass

Quotierungen „das passive Wahlrecht nicht unverhältnismäßig einschränken“. Es gibt zwar „Regelungen die dafür sorgen, dass Jugendliche gute Möglichkeiten haben“ – explizit wurden in der Stellungnahme jedoch keine „Regelungen“ genannt, die zu diesen „gute[n] Möglichkeiten“ führen. Bei der CDU Thüringen wolle man mit einer Quotenregelung „erfahrene Amtsträger und [den] jungen Nachwuchs nicht gegeneinander ausspielen“, arbeitet jedoch anderweitig an der „Förderung und Forderung des Parteienwachstums“ – genauere Maßnahmen wurden auch hier nicht genannt. Außerdem sieht der Koordinator des Bereichs Parteireform der CDU eine „wachsende Sensibilität dafür [...], junge Menschen stärker an politische Ämter und Mandate heranzuführen“. Einige Landesverbände der Grünen arbeiten mit der „Neuenquote“. Sie ist in den Satzungen der jeweiligen Landesverbände verankert und regelt, dass bei Listenaufstellungen zur Abgeordnetenhauswahl mindestens jeder dritte Platz für einen Bewerber vorgehalten wird, der noch nie einem Parlament angehört hat.

Bei der Verjüngung ihrer Mandatsträger tun sich die Parteien in unterschiedlichem Maße schwer. Während die FDP ohnehin mit zwei Kandidaten im Alter von unter 35 Jahren unter den insgesamt 10 auf der Landesliste zur Bundestagswahl schon die verlangte Quote erreichen würde, befinden sich auf der Landesliste der SPD von 25 Plätzen lediglich zwei Personen im Alter unter 35 Jahren, obwohl es gelungen sei, im Vergleich zu früheren Listen diese deutlich jünger zu gestalten, so die baden-württembergische SPD-Generalsekretärin. Junge Menschen wären im baden-württembergischen Landtag

„stark unterrepräsentiert“, da man im baden-württembergischen „Landeswahlrecht überhaupt keine Möglichkeit [hat] eine Landesliste zu erstellen“.

Finanzielle Unterstützung von Kandidaten und Kultur des Scheiterns

„Warum sind Sie heute Mitglied einer Partei?“. Diese Frage wurde rund 9200 Mitgliedern von CDU, CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und der Linken im Rahmen der Deutschen Parteimitgliederstudie gestellt²⁵. Ein Drittel der Befragten 18- bis 24-Jährigen Parteimitglieder antworteten darauf, dass das Interesse an einem öffentlichen Mandat oder einem Parteiamt für sie hierfür „wichtige“ bzw. „sehr wichtige“

„Es würde sich viel verbessern, wenn in der öffentlichen Wahrnehmung eine Kandidatur von 2 oder mehr [Kandidaten] auf einen Listenplatz oder um ein Amt nicht als Kampfabstimmung gewertet wird, sondern als vitaler demokratischer Wettbewerb.“

Christin Melcher,
Landesvorstand der Grünen Sachsens

Gründe sind. Bei den 50- bis 64-jährigen Befragten gaben nur noch 14 % an, dass ihr Interesse an einem öffentlichen Mandat für sie ein „wichtiger“ oder „sehr wichtiger“ Grund ist, Mitglied einer Partei zu sein. Geht es um das Interesse an einem Partei-

amt, sind es sogar nur noch 11 % der 50- bis 64-Jährigen²⁶. Die junge Generation hat also ein überdurchschnittliches Interesse an einer Kandidatur. Möchten Parteien dieses nutzen, ist es wichtig, die Kandidatur für junge Menschen realistisch zu machen. Dazu gehört neben der vollen Integration in den Parteienapparat auch der finanzielle Aspekt. Neben Unterstützung bei Werbemitteln und Vermittlung von Knowhow, haben SPD, FDP, die Grünen und die in örtlichen Gliederungen wie Kreisverbänden Budgets zur Wahlkampffinanzierung und entwickeln mit den Kandidaten Modelle zur Ansparung. Bei kostenintensiven Wahlkämpfen, wie in Großstädten, werden junge Mitglieder von der baden-württembergischen SPD stärker

unterstützt, damit sie für einen möglichst kleinen Anteil selbst aufkommen müssen. Noch weiter gehen die Grünen: „Grüne Kandidaten müssen [...] keine eigenen Finanzmittel aufbringen, um kandidieren zu können“, so die Stellungnahme auf Bundesebene. Die Finanzierung erfolgt hier von der vor Ort zuständigen Gliederung. Zusätzliche Unterstützung, zum Beispiel durch die Übernahme der Fahrtkosten, kann bei Bedarf gewährt werden. Mandatsträger, die wieder kandidieren, werden gebeten, Spenden zu akquirieren und von ihrer Abgeordnetenversorgung Mandatsträgerbeiträge zu spenden, damit auch zukünftige Wahlkämpfe finanziert werden können. Auch bei der CDU leisten Mandatsträger solche Zahlungen. So entsteht ein selbsterhaltender Kreislauf. Die Jungen Liberalen und die CDU Thüringen begrüßen Crowdfunding zwar, laut der CDU Thüringen funktioniere das System jedoch vor allem dann, „wenn es glaubwürdige Kandidaten mit authentischem Auftreten sind und sie diese Crowdfunding Aktionen selber durchführen“.

Diese Konzepte, vor allem aber die selbsterhaltenden Mandatsträgerbeiträge, ermöglichen es jungen Menschen, zu kandidieren, ohne selber finanziell für ihre Kandidatur aufkommen zu müssen und so den oftmals älteren, finanziell besser aufgestellten Kandidaten nachzustehen. Die AfD sieht keine Notwendigkeit, ihre Kandidaten selbst zu unterstützen, die jüngeren Mitglieder hätten „keine finanzielle Unterstützung bekommen und [...] trotzdem einen guten Wahlkampf gemacht“. Die Bedeutung des finanziellen Hintergrunds der Kandidaten wird hierbei gänzlich außer Acht gelassen. Es ist jedoch nicht im Sinne der Generationengerechtigkeit, wenn allein die „Dicke des Geldbeutels“ über die Möglichkeit eine Kandidatur sinnvoll zu organisieren, entscheidet. Denn junge Menschen verfügen tendenziell über einen geringeren finanziellen Spielraum als ältere Mitglieder – und auch für andere, finanziell nicht gut ausgestattete Gesell-

schaftsgruppen ist eine Kandidatur ohne ausreichende Hilfen zur Wahlkampffinanzierung unrealistisch.

Damit junge Menschen überhaupt bereit sind, zu kandidieren, fordert die SRzG außerdem, ein Scheitern der Kandidaten zu akzeptieren – und nicht als endgültiges Urteil anzusehen. Zu einer Kultur des Scheiterns, so die baden-württembergische SPD-Generalsekretärin, „gehört eine Kultur der Wertschätzung und des gegenseitigen Respekts“, beides sei aber „in Parteien zu wenig gegeben“. Trotzdem habe sie persönlich die Erfahrung gemacht, „dass man jungen Menschen das Scheitern mehr verzeiht als älteren“. In den Stellungnahmen hieß es einstimmig, dass Scheitern Teil der Demokratie sei und keine endgültige Niederlage darstelle. Eine solche Niederlage sei laut der baden-württembergischen FDP sogar „notwendig im demokratischen Wettbewerb“. Für die baden-württembergische AfD liegt es außerdem „in der Natur der Sache, dass nicht alle in die Spitze [...] ihrer Partei aufsteigen“. Nichtsdestotrotz ist es wichtig, dass „in der öffentlichen Wahrnehmung eine Kandidatur von 2 oder mehr [Kandidaten] [...] nicht als Kampfabstimmung gewertet wird“, so die sächsischen Grünen. Der Grundkonsens in den Stellungnahmen ist somit, dass das Scheitern in Parteien akzeptiert werden muss. Es ist wichtig, dass dies auch wirklich so der Fall ist. Parteien dürfen nicht Mitglieder aufgeben, nur weil diese als Kandidaten nicht erfolgreichen waren. Ohnehin ist es wichtig zu betonen, dass eine gescheiterte Kandidatur nicht weniger wert ist, als eine erfolgreiche – denn beiden liegt dieselbe Motivation inne.

Fazit

Die Parteien stehen heute vor der Herausforderung junge Menschen angesichts vielfältiger alternativen zum traditionellen politischen Engagement und wachsendem Politiker- und Parteienverdruss erneut zur Mit-

arbeit in einer Partei zu überzeugen. In den erhaltenen Stellungnahmen herrscht durchaus Bewusstsein über die Notwendigkeit, junge Menschen aktiv in den politischen Diskurs zu integrieren, anstatt sie vorschnell als politikverdrossen zu etikettieren. Um ein positives Verhältnis zwischen Jugend und Parteien zu schaffen, müssen letztere die Besonderheiten vermehrt berücksichtigen, unter denen junge Menschen bereit sind, sich politisch zu engagieren. Dies ist vor allem heute besonders wichtig. Denn junge Menschen sind bereit, sich Alternativen zum traditionellen Konzept von Parteien zu suchen, anstatt sich in das „Hinterzimmer“ zu trauen und durch Parteihierarchien zu arbeiten. Das zeigte sich auch kürzlich in Frankreich, wo die traditionellen Parteien der Bewegung *En Marche!* bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen unterlagen.

Ein erster Blick auf die Stellungnahmen macht hier durchaus Mut. Es kristallisieren sich einige innovative Konzepte und Initiativen heraus, mit denen Parteien ihre Strukturen zunehmend an die alltäglichen Lebensbedingungen junger Menschen anpassen und sich öffnen wollen – Mitgliederparteitage, eine verstärkte Online-Präsenz oder vermehrte Urabstimmungen sind hier kleine, aber klare Schritte zu mehr Generationengerechtigkeit. Letztendlich müssen die entwickelten Konzepte jedoch auch in der Realität umgesetzt werden, um etwas zu bewirken. Es stellt sich somit die Frage: Dienen die in den Stellungnahmen genannten Maßnahmen nur der Imagepflege oder sind sie für alle Ebenen der Partei ver-

pflichtend gestaltet und stellen so einen wirklich Mehrwert für junge Menschen dar? Kurz gesagt: Werden Maßnahmen nur plakativ vorgestellt oder auch konsequent und verbindlich umgesetzt?

Nichtsdestotrotz besteht, auch wenn Parteien Schritte in Richtung Generationengerechtigkeit gehen, in einigen Bereichen noch viel Handlungsbedarf. Vor allem die Parteistrukturen sind schwer zu durchschauen und für Neumitglieder überwältigend. Da die Strukturen aber mit allen Facetten der Parteilarbeit zusammenhängen, verlangsamten sie zusätzlich auch noch alle Prozesse in der Partei. Gerade Schwerfälligkeit steht im Gegensatz zu dem dynamischen, punktuellen und zeitlich begrenzten Engagement, das Jugendliche suchen – und von Alternativen zum Engagement in einer Partei schon kennen.

Wenn es um das Wohl der Parteien geht, geht es in einer Parteiendemokratie wie der unseren, immer auch um das Wohl der Demokratie selbst – und somit um die politische Zukunft des Landes. Politisch aktive, teilhabende Bürger sind die Grundlage einer ertragreichen politischen Zukunft. Um ihre essentielle gesellschaftliche Integrationskraft zurückzugewinnen und das Image der „Partei der alten Männer“ abzuschütteln, ist es essentiell, sowohl der Parteibasis, als auch jungen Mitgliedern und potenziellen Neumitgliedern zeitgemäße Interaktionsmöglichkeiten, durchlässigere Strukturen und dynamischere Mitgliedschaftskonzepte anzubieten.

Endnoten

- 1 Albert et al. 2015.
- 2 Albert et al. 2015.
- 3 Niedermayer 2016.
- 4 Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Text nur die männliche Form verwendet. Gemeint ist stets sowohl die weibliche, als auch die männliche Form.
- 5 LpB Baden Württemberg 2016.
- 6 BpB 2013.
- 7 Albert et al. 2015.
- 8 Beitragstabelle DIE LINKE 2016.
- 9 Finanz- und Beitragsordnung AfD 2015.
- 10 Finanz- und Beitragsordnung FDP 2016.
- 11 Finanz- und Beitragsordnung AfD 2015.
- 12 Satzung Bündnis 90/Die Grünen 2016; Statut CDU 2007, Bundessatzung Die LINKE 2015, Organisationsstatut SPD 2014.
- 13 Stalinski 2015.
- 14 Stalinski 2015.
- 15 Handbuch zur Juso-Arbeit 2012.
- 16 Klein, Spier 2011.
- 17 Klein, Spier 2011.
- 18 Klein, Spier 2011.
- 19 Albert et al. 2015.
- 20 Kersting 2016.
- 21 Albert et al. 2015.
- 22 Meyer 2013.
- 23 Schweizer BPR vom 17. Dezember 1976 (Stand 01.11.2015).
- 24 Klein, Spier 2011.
- 25 Klein, Spier 2011.
- 26 Klein, Spier 2011.

Literatur

AfD (2015): Finanz- und Beitragsordnung der Alternative für Deutschland. § 8, Abs. 1. Online unter: https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/02/AfD_Finanz-Beitragsordnung_01-02-15.pdf (letzter Aufruf 17.06.2017).

Albert, Mathias/Hurrelmann, Klaus/Quenzel, Gudrun (2015): 17. Shell Jugendstudie. Jugend 2015. Online unter: <http://www.shell.de/ueber-uns/die-shell-jugendstudie/jugend-und-politik.html> (letzter Aufruf 31.05.2017).

Bündnis 90/Die Grünen (2016): Satzung des Bundesverbandes der Partei Bündnis 90/Die Grünen. § 4 Abs. 7. Online unter: https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Satzung/Satzung_Bundesverband.pdf (letzter Aufruf 01.06.2017).

Bundeskanzlei (2017): Schweizer Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte (BPR) (Stand vom 01.11.2015). Art. 8a. Online unter: <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19760323/index.html#a8a> (letzter Aufruf 31.05.2017).

Bundeszentrale für politische Bildung (2013): Bundestagswahlen 2013. Wahlbeteiligung nach Altersgruppen. Online unter: <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/bundestagswahlen/205686/wahlbeteiligung-nach-altersgruppen> (letzter Aufruf: 22.05.2017).

CDU (2007): Statut der CDU. § 4 Abs. 3. Online unter: <http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Parteiodnungen/Statut2007.pdf> (letzter Aufruf 01.06.2017).

Die LINKE (2015): Bundessatzung der Partei DIE LINKE. § 5 Abs. 2. Online unter: <https://www.die-linke.de/partei/grundsatzdokumente/bundessatzung/> (letzter Aufruf 31.05.2017).

Die LINKE (2016): Beitragstabelle der Partei DIE LINKE. Stand Januar 2016. Online unter: <https://www.die-linke.de/partei/grundsatzdokumente/bundesfinanzordnung/beitragstabelle/> (letzter Aufruf 17.06.2016).

FDP (2016): Finanz- und Beitragsordnung der Freien Demokratischen Partei. § 8, Abs. 2. Online unter: <https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2016/05/02/finanz-undbeitragsordnung2016.pdf> (letzter Aufruf 17.06.2017).

Juso (2012): Handbuch Grundlagen zur Juso-Arbeit. 1.3: Das Verhältnis der Jusos zur SPD. Jusos in der SPD. Online unter: http://www.jusos.de/sites/default/files/Handbuch_4.pdf (letzter Aufruf: 07.06.2017).

Kersting, Norbert (2016): Jugend und politische Partizipation: Online- oder Offline-Beteiligung?. In: Tremmel, Jörg/Rutsche, Markus (Hrsg.): Politische Beteiligung junger Menschen. Grundlagen – Perspektiven – Fallstudien. Wiesbaden: Springer VS., 253-270.

Klein, Markus/Spier, Tim (2011): Parteibeitritt und Parteimitgliedschaft im Wandel. Aus Politik und Zeitgeschichte 44-45/2011. Demokratie und Beteiligung. Online unter:

<http://www.bpb.de/apuz/59716/parteibeitritt-und-parteimitgliedschaft-im-wandel?p=all>
(letzter Aufruf: 01.06.2017).

Landeszentrale für politische Bildung Baden Württemberg (2016): Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl am 13. März 2016. Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl BW 2016 nach Altersgruppen. Online unter: http://www.landtagswahl-bw.de/wahlbeteiligung_ltw2016.html (letzter Aufruf 31.05.2017).

Meyer, Erik (2013): Soziale Medien im Wahlkampf. Bundeszentrale für politische Bildung. Online unter: <https://www.bpb.de/dialog/wahlblog/166544/soziale-medien-im-wahlkampf?nc&reply&cid=461> (letzter Aufruf: 01.06.2017).

Niedermayer, Oskar (2016): Parteimitglieder in Deutschland, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 26, Berlin. Online unter: <http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsocz/schriften/Arbeitshefte/P-PM16-NEU.pdf> (letzter Aufruf: 22.05.2017).

SPD (2014): Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. §10a Abs. 1. Online unter: <https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Parteiorganisation/Organisationsstatut.pdf> (letzter Aufruf 31.05.2017).

Stalinski, Sandra (2015): Jugendorganisationen der Parteien. Talentschmieden mit Nachwuchsproblem. Online unter: <http://origin.tagesschau.de/inland/parteiennachwuchs-101.html> (letzter Aufruf: 01.06.2017).

Impressum

Herausgeber

Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG)

Mannspergerstr.29

70619 Stuttgart

Telefon 0711 / 28052777

Fax 03212 / 2805277

kontakt@srzg.de

generationengerechtigkeit.info

Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) ist eine advokatorische Denkfabrik an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik und gilt als „bekanntester außerparlamentarischer Think Tank in Sachen Generationengerechtigkeit“ (Wirtschaftswoche). Sie wurde 1997 von einer überparteilichen Allianz fünf junger Menschen im Alter von 18 bis 27 Jahren ins Leben gerufen, wird von einem der jüngsten Stiftungsvorstände Deutschlands geleitet und verfolgt das Ziel, durch praxisnahe Forschung und Beratung das Wissen und das Bewusstsein für Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu schärfen. Die Stiftung ist finanziell unabhängig und steht keiner politischen Partei nahe.

Stand August 2017